

Beschluss

Initiator*innen: Unterbezirksparteitag der SPD Dresden (dort beschlossen am: 26.10.2024)

Titel: **Niemals wieder ist jetzt! Auch in Dresden die Sicherheit und Sichtbarkeit von jüdischem Leben verbessern**

Antragstext

1 Der Angriff der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 stellt eine
2 Zäsur dar. Für uns ist klar: der Schutz des Staates Israel muss eine der
3 wichtigsten Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sein. Doch
4 nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung Israels hat sich seit dem 7. Oktober
5 drastisch verschlechtert. Auch in Deutschland lebende Jüd:innen erfahren leider
6 verstärkt Ausgrenzung und Gewalt. Wir haben die Pflicht, diesen und jeden
7 Antisemitismus zu bekämpfen. Leider kann Antisemitismus aber nicht von einem Tag
8 auf den anderen besiegt werden. Und auch wenn die Verfolgung und Bestrafung
9 antisemitischer Handlungen sowie die zivile und militärische Unterstützung
10 Israels wichtig sind, so braucht es auch nachhaltigere Lösungen zur Bekämpfung
11 des Antisemitismus in Deutschland. Genau diese nachhaltigen Lösungen beginnen
12 meist im kleinen - in Familien, in Freundschaften, im Verein und an den Schulen.
13 Die Bekämpfung von Antisemitismus muss daher lokal in den Kommunen beginnen. In
14 Dresden kann und muss hierbei einiges besser laufen.

15 Da sich die Sicherheitslage für Jüd:innen leider nicht in kurzer Zeit verbessern
16 wird, braucht es mehr Schutz. Es ist die traurige Realität, dass die Polizei
17 jüdische Einrichtungen besonders schützen muss. Aber auch architektonisch kann
18 das Umfeld von jüdischen Einrichtungen sicherer gemacht werden, beispielsweise
19 durch eine gute Beleuchtung. Wir fordern von der Dresdener Stadtverwaltung einen
20 engen Austausch mit den jüdischen Gemeinden und möglichst schnelle und
21 unkomplizierte Umsetzung von deren Wünschen, wenn es genau um diese
22 sicherheitsrelevante Umgebungsgestaltung geht. Allgemein muss die

23 Stadtverwaltung schlicht und einfach eine ansprechbare Partnerin der Jüd:innen
24 Dresdens sein - eine vermeintliche Selbstverständlichkeit, an der es aber in
25 Vergangenheit teilweise gemangelt hat.

26 Bei Versammlungen muss die Dresdner Versammlungsbehörde genau darauf achten, ob
27 diese angemeldeten Demonstrationen das Potential haben, jüdische Einrichtungen
28 beziehungsweise deren Besucher:innen zu bedrohen oder gar anzugreifen. In diesem
29 Falle müssen alle rechtsstaatlichen Mittel genutzt werden, um die Versammlung zu
30 verhindern oder zumindest einzuschränken.

31
32 Zur Bekämpfung des Antisemitismus benötigt es jedoch insbesondere kulturelle
33 Begegnung und Bildungsarbeit. Innerhalb der deutschen Erinnerungskultur hat die
34 Aufklärung über die Shoa völlig zurecht einen zentralen Standpunkt. Dresden soll
35 sich daher dafür einsetzen, das Dresdner Schüler:innen während ihrer Schulzeit
36 verpflichtend ein Konzentrationslager besichtigen. Wichtig ist aber auch, dass
37 sich die Thematisierung jüdisch-deutscher Geschichte und Kultur nicht nur auf
38 die Shoa beziehungsweise den gesamten Antisemitismus während und vor der NS-Zeit
39 beschränkt.

40
41 Nichtjüdische Deutsche sollten Erfahrungen mit jüdischer Kultur und jüdischem
42 Alltagsleben abseits der Schulbildung machen können. Der Austausch mit den
43 jüdischen Gemeinden und der Besuch von Synagogen und Kulturvereinen kann dabei
44 eine zentrale Rolle spielen, damit junge Menschen die Realität jüdischen Lebens
45 abseits von Klischees und Zerrbildern kennenlernen. Die Stadt als Schulträgerin
46 und das Land Sachsen sollten hier ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um bei den
47 Schulen für entsprechende Projekte und Kooperationen zu werben.

48 Für eine bessere Sichtbarkeit könnte auch ein Museum für jüdische Geschichte in
49 Dresden und Sachsen beitragen. In Dresden gibt es neben Gedenkstätten wie der am
50 Alten Leipziger Bahnhof keine Ausstellung, die sich explizit mit jüdischer
51 Geschichte geschweige denn mit jüdischer Kultur befasst. Planungen zum Bau eines
52 jüdischen Museums in Dresden laufen derzeit, was wir ausdrücklich unterstützen.
53 In den verschiedenen Konzepten der Planungen mangelt es jedoch teilweise an
54 einer Perspektive für einen gleichen Stellenwert im Vergleich zu den anderen
55 hochwertigen Museen der Innenstadt. Hier wünschen wir uns vom Stadtrat und der
56 Verwaltung, dass Anstrengungen unternommen werden, damit ein jüdisches Museum am
57 Ende nicht als Museum zweiter Klasse da steht.

58 Damit die Dresdner:innen mit jüdischem Leben in Kontakt kommen, braucht es aber
59 mehr als ein Museum. Es sollte mehr Kontakt zwischen Jüd:innen nicht-jüdischen
60 Deutschen geben. Es wird noch einige Zeit dauern, bis ein
61 großes, öffentliches Jüdisches in Dresden sichtbar werden kann. Wir fordern
62 daher die Schaffung einer Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt, mit

63 der ein kultureller Austausch kontinuierlich und aktiv verfolgt wird. Eine
64 solche Städtepartnerschaft kann dafür genutzt werden, das insbesondere Dresdner
65 Jugendliche die jüdisch-israelische Kultur kennenlernen können.

66 All das sollte von der Stadtverwaltung in die Öffentlichkeit getragen werden,
67 damit möglichst viele Menschen auf die Thematik aufmerksam werden.

68 Auch die Jusos Dresden können beim Austausch eine aktive Rolle übernehmen.
69 Vereine wie der Hatikva e.V. in unmittelbarer Nähe der Genoss:innenschaft bieten
70 sich für gemeinsame Veranstaltungen an.

71

72

73

74 Außerdem wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Die Dresdner SPD und ihre
75 Ortsvereine werden angehalten, mit den jüdischen Gemeinden und Vereinen in
76 Dresden in Austausch zu treten und sich zu vernetzen.